

Protokoll

über die Sitzung

**des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus
am Montag, dem 25.11.2024, 19:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Feuerwehrhauses Friedeburg, Schützenweg 3**

Anwesend:

→ Ausschussmitglieder

Maike Eilers, Abickhufe (Vorsitzende)
Gerrit Bashagen, Friedeburg
Kai Glowalla, Friedeburg
Andreas Haak, Etzel
Reinhard Harms, Hesel (Vertretung für Ratsherrn Arthur Engelbrecht)
Gudrun Jeske, Reepsholt (Vertretung für Ratsherrn Walter Johansen)
Burkhard Putschke, Friedeburg
Habbo Reents, Dose (Vertretung für Ratsherrn Detlef Grüßing)
Doris Stehle, Horsten (Vertretung für Ratsfrau Ramona Beckmann)

→ Vertreter der Verwaltung

Helfried Goetz, Bürgermeister
GAR Roland Abels
Verw.-Fachw. Wilfried Bischoff
Verw.-Fachangest. Ria Roßmüller (zugleich als Protokollführerin)

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende eröffnete um 19:00 Uhr die öffentliche Sitzung.

TOP 2 Feststellung der ordnungsmäßigen Ladung und Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende stellte fest, dass form- und fristgerecht mit Schreiben vom 15.11.2024 zur Sitzung eingeladen worden und der Ausschuss beschlussfähig sei. Einwendungen dagegen wurden nicht erhoben.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung - öffentlicher Teil

Der vorliegenden Tagesordnung – öffentlicher Teil – wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.09.2024 - öffentlicher Teil

Das Protokoll der Sitzung vom 09.09.2024 – öffentlicher Teil – wurde mit 7 Ja-Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es keine Wortmeldung.

**TOP 6 Bericht über die aktuelle Haushaltslage und Sachstandsbericht zu den Jahresabschlussarbeiten
Vorlage: 2024-092**

Der BM erläuterte das vorläufige Zahlenwerk und die vorläufigen Vorjahresergebnisse. Besonders positiv seien die Mehreinnahmen der Gewerbesteuer. Zudem sei aufgrund der Haushaltssperre im Bereich der Sach- und Dienstleistungen mit einer Unterschreitung des Haushaltsansatzes zu rechnen. Im Ergebnis würde dies ein Überschuss von etwa 1,9 Mio. Euro bedeuten. Rückstellungen für Transferaufwendungen seien noch zu bilden.

Rh. Glowalla merkte an, dass der zu erwartende Überschuss nicht für den Haushalt 2025 genutzt werden solle. Die Ergebnisse der Vorjahre seien noch aufgrund der fehlenden Jahresabschlüsse ungewiss.

Der BM stimmte zu, dennoch könne ein vorläufiges Jahresergebnis für die Genehmigung des Haushaltes verwendet werden.

Rh. Glowalla erkundigte sich, um was es sich bei den Saldenbestätigungen für die Kindergärten handle und ob keine Kontoauszüge vorlägen.

Der BM erklärte, dass es sich hierbei um Konten handle, die in den früheren Jahren von den Kindergärten selbst geführt worden seien. Die Saldenbestätigungen seien für die Abstimmung der liquiden Mittel.

Rh. Putschke kritisierte, dass bei den Ausführungen zum Jahresabschluss zwischen Konjunktiv und Imperativ geschwankt werde. Die Jahresabschlüsse seien zeitnah abzugeben.

Der BM erwiderte, dass die zeitnahe Abgabe der Jahresabschlüsse zwingend sei und dies auch gewollt sei.

Der Bericht wurde zur Kenntnis genommen. Es erfolgte keine Beschlussfassung.

**TOP 7 Hebesatzsatzung 2025 - Anpassungen mit Blick auf die Grundsteuerreform
Vorlage: 2024-093**

Die Vorsitzende übergab das Wort dem BM. Dieser erläuterte die Sitzungsvorlage sowie die Anregung eines Ratsmitgliedes der Stadt Wiesmoor. Der BM erklärte, dass er die Anregung kritisch sehe und sprach sich dafür aus, diese nicht weiter zu verfolgen.

Rh. Glowalla stellte den Antrag, den Beschlussvorschlag sowie die damit zusammenhängende Satzung bezüglich der Grundsteuer A zu ändern und den Hebesatz auf 380% festzulegen.

Die Grundsteuer A würde bei einem Hebesatz von 380% in etwa neutral bleiben und eine Anpassung im Folgejahr müsse nicht erfolgen.

Rh. Putschke stimmte dem Antrag zu.

Rh. Haak stimmte den Antrag zu und erklärte, dass er die Anregung aus Wiesmoor ebenfalls kritisch sehe. Er führte aus, dass die Messbeträge eine Hochrechnung aus dem Jahr 2022 darstelle und die Wertfortschreibungen aus dem Jahr 2023 und 2024 nicht berücksichtigt worden seien. Ein Hebesatz für die Grundsteuer B von 210% sei seiner Ansicht nach korrekt.

Dem geänderten Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 06.11.2024 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag (geändert):

Dem VA wird vorgeschlagen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

Dem Entwurf der Satzung der Gemeinde Friedeburg über die Festsetzung der Realsteuerhebesätze (Hebesatzsatzung) für das Haushaltsjahr 2025 gemäß Dr.-Nr. 2024-093 wird mit der Änderung des Hebesatzes für Grundsteuer A auf 380 v.H. zugestimmt.

TOP 8 Anpassung des Mietzinses der gemeindeeigenen Wohnungen
Vorlage: 2024-091

Die Vorsitzende übergab das Wort an GAR Abels. Dieser erläuterte die Sitzungsvorlage.

Rh. Putschke erinnerte, dass bereits im vergangenen Jahr über eine Anpassung des Mietzinses gesprochen worden sei. Die letzte Anpassung des Mietzinses erfolgte vor längerer Zeit, sodass eine Erhöhung nunmehr gerechtfertigt erscheine.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 06.11.2024 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Die Mieten der gemeindeeigenen Wohnungen und Häuser sind ab dem 1. März 2025 um 15% zu erhöhen.

TOP 9 Abrechnung Erschließungsbeiträge Bebauungsplangebiet Nr. 4 von
Reepsholt "Alter Weg"
Vorlage: 2024-096

Die Vorsitzende übergab das Wort an den BM. Dieser erläuterte die Sitzungsvorlage und berichtete, dass im Vorfeld eine Besprechung mit den Anwohnern stattgefunden habe.

Rh. Bashagen erkundigte sich, warum die Abrechnung erst nach 20 Jahren erfolge.

Die Abrechnung der Erschließungsbeiträge gestalte sich aufgrund ihrer Komplexität als sehr aufwendig, weshalb mit einer längeren Bearbeitungszeit zu rechnen sei, so der BM. Er könne jedoch nur von den Abrechnungen seit 2014 berichten. Die Abrechnungen sollten zeitnah erstellt werden, um rasch Klarheit zu schaffen.

Rh. Putschke betonte, dass eine Wartezeit von 20 Jahren auf die Abrechnung für Anwohner unangemessen sei und dies im Grunde einem zinsfreien Darlehen gleichkomme.

Rh. Glowalla fragte, ob die Erschließungsbeiträge bereits verjährt seien.

Die Beiträge seien im Juli 2025 verjährt, so der BM.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 11.11.2024 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsausschuss wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Endgültige Herstellung

Die Erschließungsanlage „Reepsholter Alter Weg“ (Flurstücke 162/5, 92 und Teilfläche A aus 95/10 der Flur 11 von Reepsholt) im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 4 von Reepsholt ist endgültig hergestellt und kann erschließungsbeitragsrechtlich abgerechnet werden. Die Erschließungsanlage weist u.a. folgende Erschließungsmerkmale auf: Fahrbahn mit Unterbau und asphaltierter Decke, Entwässerungseinrichtungen und betriebsfertige Beleuchtungseinrichtungen.

2. Fertigstellungszeitpunkt

Der Fertigstellungszeitpunkt wird auf den 31.12.2024 festgelegt.

3. Abrechnung

Die beitragsfähigen Herstellungskosten für die Erschließungsanlage „Reepsholter Alter Weg“ betragen 171.930,56 €. Hiervon trägt die Gemeinde Friedeburg gemäß § 6 der Erschließungsbeitragssatzung einen Anteil von 10 % = 17.193,06 €.

Vom verbleibenden umlagefähigen Erschließungsaufwand in Höhe von 154.737,50 € Euro ist ein anteiliger Zuschuss in Höhe von 66.766,75 € abzuziehen. Der verbleibende Restbetrag in Höhe von 87.970,75 € ist auf die durch die Erschließungsanlage erschlossenen Grundstücke

„Reepsholter Alter Weg 1, 2, 4, 6, 10, 12, 14“ und „16“, „Reepsholter Hauptstraße 4, 8“ und „12“ sowie „Steenweg 2“,

somit auf die Flurstücke 90/1, 89, 93/1, 95/12, 95/10 u. 103/1, 95/11, 104/9, 109/4, 101/9, 101/8, 100/11, 100/3, 100/12, 100/6, 98/7 und 162/3 sowie Teilfläche B aus 95/10 der Flur 11 von Reepsholt,

zu verteilen.

4. Widmung

Die Straße „Reepsholter Alter Weg“, Flurstücke 162/5, 95 und Teilfläche A aus Flurstück 95/10 der Flur 11 von Reepsholt wird mit Wirkung vom 31.12.2024 gemäß § 6 Niedersächsisches Straßengesetz zu einer öffentlichen Gemeindestraße und öffentlichen Verkehrsfläche gewidmet. Träger der Straßenbaulast ist die Gemeinde Friedeburg.

Der BM erläuterte die Sitzungsvorlage.

Rh. Glowalla äußerte, dass nach einem Jahr erneut geprüft werden solle, ob der Aufgabenrahmenplan so beibehalten werden könne oder ob noch weitere Kürzungen möglich seien.

Der BM erwiderte, dass geprüft werden müsse, ob bereits im nächsten Jahr fundierte Aussagen getroffen werden können, da zu kündigen oder anzupassen seien.

Rh. Putschke erklärte, dass er dem Aufgabenrahmenplan grundsätzlich zustimme. Dabei wies er darauf hin, dass die Stundenzahl im Bereich des Tourismus von 117 auf 39 reduziert werde und die übrigen Stunden auf andere Bereiche verteilt werden würden. Er merkte an, dass die Reduzierung nicht nur den Sachaufwand betreffen solle, sondern auch eine Reduzierung des Personals und des Stellenplans. Zudem fragte er, ob durch diese Änderung der Status als staatlich anerkannter Erholungsort gefährdet sein könne.

Der BM erläuterte, dass der Status als staatlich anerkannter Erholungsort auf Zeit, mit einer Laufzeit von fünf Jahren, verliehen werde. Der Status gelte nicht für die gesamte Gemeinde, sondern ausschließlich für die Ortschaft Friedeburg. Zu den Voraussetzungen gehören unter anderem das Vorhanden sein einer separaten Tourismusstelle und einer öffentlichen Toilette. Bei der Verlagerung der Tourismusstelle ins Rathaus wäre diese Voraussetzung nicht mehr erfüllt. Außerdem sei keine öffentliche Toilette mehr vorhanden.

Rh. Putschke wies darauf hin, dass trotz der Möglichkeit, Fördermittel in Anspruch zu nehmen, entschieden worden sei, auf die Umsetzung einer öffentlichen Toilette zu verzichten.

Der BM erklärte, dass trotz verfügbarer Fördermittel die Umsetzung aufgrund der hohen Kosten als zu teuer bewertet worden sei. Der entsprechende Antrag sei daher zurückgezogen worden. Allerdings stehe ein Beschluss zu diesem Thema weiterhin im Raum.

Rf. Stehle stellte den Antrag auf Einzelabstimmung. Das Ergebnis der bisherigen Überlegung sei sehr großzügig und entspreche der ursprünglichen Intention aufgrund der Verlagerung nicht. Zudem regte sie an, die Situation in einem Jahr erneut zu prüfen. Sie fragte, ob eine Checkliste für die Prüfung existiere.

Der BM erläuterte, dass der Friesische Herrweg erheblich zurückgefahren werde. Es sei notwendig, die Vermieter über die Änderungen zu informieren und entsprechende Verträge zu kündigen. Die Arbeitskräfte werden in neuen Bereichen mit neuen Aufgaben betreut, insbesondere in Bereichen, in denen Kollegen kürzlich in den Ruhestand gegangen seien.

Rh. Putschke stellte den Antrag, über Punkt 2 des Beschlussvorschlages abzustimmen, ergänzt um die Option einer Veräußerung.

Rh. Glowalla beantragte, Punkt 2 aus dem Beschlussvorschlag vollständig zu streichen.

Über den Antrag von Rh. Glowalla wurde mit 8 Ja-Stimmen und einer Enthaltung abgestimmt worden. Die Anträge von Rf. Stehle und Rh. Putschke wurden als obsolet erklärt.

Dem geänderten Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 14.11.2024 wurde mit 8 Ja-Stimmen bei 1 Stimmenthaltung zugestimmt.

Beschlussvorschlag (geändert):

Dem VA wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem vorliegenden Aufgabenrahmen für touristische Aktivitäten der Gemeinde Friedeburg gemäß Drucksache-Nr. 2024-078 wird zugestimmt.

Die Vorsitzende übergab das Wort dem BM. Dieser erläuterte die Sitzungsvorlage.

Rh. Glowalla schlug vor, den Beschlussvorschlag zu schieben, da er zunächst gerne die Abrechnungen der diesjährigen Veranstaltung einsehen würde.

Der BM zeigte sich irritiert, da die Veranstaltung in Hesel eine gelungene Probe gewesen sei.

Rh. Putschke erklärte, dass auch die SPD-Fraktion den Beschluss verschieben würde, insbesondere im Hinblick auf den Haushalt. Es gebe keine Förderung für andere Vereine. Die Pauschale in Höhe von 7.500 € sei nicht zufriedenstellend. Er sei jedoch für einen Sockelbetrag plus eine Abrechnung.

Rh. Haak sagte, dass die Veranstaltung in Hesel als gelungen betrachtet werde. Er betonte, dass die Richtlinie wichtig sei. Der Zeitpunkt den Beschlussvorschlag zu schieben sei ungünstig, vor allem für die Planer der nächsten Veranstaltung.

Rf. Stehle merkte an, dass sie sich bezüglich des Haushaltes zusammensetzen würden, da aktuell kein Geld vorhanden sei. Auf der anderen Seite würde jedoch Geld ausgeschüttet werden, was kein gutes Zeichen sei. Zudem bemerkte sie, dass die Richtlinie von der Verwaltung noch nicht finalisiert worden sei.

Der BM sagte, dass keine Ausreden gesucht werden sollten. Es müsse klar gesagt werden, ob Geld eingeplant werden solle oder nicht. Andernfalls könne die Veranstaltung nicht stattfinden.

Der Samstagabend koste viel Geld, so Rh. Harms. Die Pauschale sei dafür zu wenig. Der Rest der Finanzierung werde durch Spenden gedeckt. Er betonte, dass es unabhängig von der verfügbaren Geldsumme wichtig sei, die Veranstaltung durchzuführen, um die Ortschaft präsentieren zu können.

Die Veranstaltung solle alle zwei Jahre in den Ortschaften stattfinden, während in den dazwischenliegenden Jahren eine größere Veranstaltung in Friedeburg geplant sei, so Rh. Glowalla.

Der BM erwiderte, dass ein größeres Fest wesentlich teurer sei. Aufgrund von Sparmaßnahmen solle das Fest jedes Jahr in den Ortschaften stattfinden.

Rh. Glowalla äußerte seine Überraschung darüber, dass bereits mit der Planung begonnen worden sei.

Rh. Haak erläuterte, dass in der Ortsvorsteherdienstversammlung angesprochen wurde, dass ein großes Festival alle zwei Jahre finanziell nicht realisierbar sei. Er betonte, dass die Entscheidung, jedes Jahr in die Ortschaft zu gehen, eine Sparmaßnahme darstelle. Für die Bürger sei das Fest jedoch wichtig und kein unnötiger Kostenfaktor.

Rh. Putschke schlug vor, jedes zweite Jahr ein großes Festival in Friedeburg zu veranstalten und im anderen Jahr keine Veranstaltung durchzuführen, da es für die Vereine nicht leicht zu organisieren sei. Er stellte den Antrag, diesen Vorschlag in den Fraktionen zu besprechen.

Der BM antwortete, dass das große Festival teuer sei und bei Einbeziehung Dritter noch teurer werde. Er fragte, was nun in Bezug auf die Haushaltsplanung unternommen werden solle und bedauerte, dass noch keine Entscheidung getroffen werde.

Rh. Glowalla zeigte sich irritiert und wies darauf hin, dass im Rahmen der Haushaltskonsolidierung ein Zwei-Jahres-Rhythmus für das große Festival vereinbart wurde. Dementsprechend müsste im übernächsten Jahr ein großes Festival stattfinden.

Rh. Reents betonte, dass das Fest bestehen bleiben müsse, und hob hervor, dass das Fest in Hesel sehr gelungen gewesen sei.

Rf. Stehle erklärte, dass für das nächste Jahr kein Druck bestehe, da das Horster Bildhauer-Symposium als großes Dorfereignis stattfinden werde. Daher könne der Beschlussvorschlag noch verschoben werden.

Rh. Glowalla stellte klar, dass er das Thema nicht zerreden wolle und das Festival unterstütze. Allerdings sei die aktuelle Planung anders als besprochen und weiche von dem ab, was den Bürgern mitgeteilt worden sei.

Rh. Putschke betonte, dass der Termin des Festes einen Wiedererkennungswert haben solle. Zudem müsse ein solches Fest für die Vereine umsetzbar sein. Er wies darauf hin, dass Reepsholt kurze Zeit später den Herbstmarkt veranstalte, und stellte die Frage, welche Vereine in so kurzer Zeit zwei Veranstaltungen organisieren und durchführen könnten.

Rh. Haak erklärte, dass bei der Haushaltskonsolidierung, an der er teilgenommen habe, festgehalten worden sei, dass ein großes Fest grundsätzlich nicht realisierbar sei. Stattdessen solle jeweils eine kleinere Veranstaltung stattfinden. Zudem betonte er, dass die Zeltwirte Kontinuität benötigten.

Rh. Bashagen führte aus, dass im Arbeitskreis Tourismus ein Zwei-Jahres-Rhythmus für ein großes Spätsommerversnügen besprochen worden sei.

Rh. Harms äußerte, dass, wenn eine Ortschaft bereit sei, ein Gemeindefest zu organisieren, man dies ermöglichen solle, bevor es irgendwann nicht mehr realisierbar sei.

Rh. Putschke stellte den Antrag, den Beschlussvorschlag zunächst nur Kenntnis zu nehmen und diesen nach Ergänzung um einen Sockelbetrag sowie einen Defizitausgleich im nächsten Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus erneut vorzulegen.

Mit 9 Ja-Stimmen wurde einstimmig folgender Beschluss gefasst:

Die Sitzungsvorlage vom 12.11.2024 wird zur Kenntnis genommen.

Der Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage ist dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Tourismus in seiner nächsten Sitzung erneut vorzulegen.

**Die Sitzungsvorlage vom 12.11.2024 wird zur Kenntnis genommen.
Der Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage ist dem Ausschuss für Finanzen,
Wirtschaft und Tourismus in seiner nächsten Sitzung erneut vorzulegen.**

TOP 12 Horster Bildhauersymposium 2025 Vorlage: 2024-099

Die Vorsitzende übergab das Wort an den BM. Dieser erläuterte die Sitzungsvorlage.

Dem Beschlussvorschlag der Sitzungsvorlage vom 14.11.2024 wurde mit 9 Ja-Stimmen zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Dem VA wird vorgeschlagen, folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Für die Durchführung des 10. internationalen Horster Bildhauersymposiums wird ein Zuschuss in Höhe von 2.000,00 € gewährt.**
- 2. Bei der Durchführung des Bildhauersymposiums wirkt die Gemeinde mit (Verwaltung, Bauhof).**

TOP 13 Einwohnerfragestunde

Hierzu gab es folgende Wortmeldungen:

Herr G. aus Marx stellte Fragen zum „Lüttje Spätsommer-Vergnügen“. Zum einen wolle er wissen, welche Zielgruppen angesprochen werden solle, zum anderen erkundigte er sich, ob es sich um eine touristische oder kulturelle Veranstaltung handle.

Das „Lüttje Spätsommer-Vergnügen“ solle vor allem die Einwohner aus der Gemeinde ansprechen, aber auch die über die Gemeinde hinaus, so der BM. Für die Vereine sei das „Lüttje Spätsommer-Vergnügen“ eine Möglichkeit sich zu präsentieren, weshalb es sich um eine kulturelle Veranstaltung handle.

TOP 14 Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten - öffentlicher Teil

Der BM berichtete gemäß der beigefügten Anlage, die Bestandteil dieses Protokolls ist.

TOP 15 Anfragen und Anregungen - öffentlicher Teil

Hierzu gab es keine Wortmeldung.

TOP 16 Schließung der öffentlichen Sitzung

Die Vorsitzende schloss um 20:49 Uhr die öffentliche Sitzung.

Vorsitzende

Bürgermeister

Protokollführerin